

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

Deutsche Wirtschaftsleistung stagnierte im Frühjahr 2022

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland trat im Frühjahr 2022 auf der Stelle. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stagnierte das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal.¹⁾ Im Vergleich zur letzten Veröffentlichung wurde der Zuwachs für das Winterquartal deutlich auf 0,8 % aufwärtsrevidiert.²⁾ Seinen Stand vom vierten Quartal 2019 – dem Quartal vor der Coronakrise – unterschritt das BIP damit zuletzt kaum noch. Auf die Wirtschaft wirkten im Frühjahr entgegengesetzte Kräfte. Der Wegfall der meisten Corona-Schutzmaßnahmen gab den zuvor eingeschränkten Dienstleistern einen kräftigen Schub. Die hohen Preissteigerungen und die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg belasteten jedoch die privaten Haushalte und Unternehmen. Die Industrie sah sich zudem einer schwächeren Nachfrage und weiterhin spürbaren Lieferengpässen gegenüber. Materialknappheiten belasteten auch den Bau, der zusätzlich unter fehlenden Arbeitskräften litt. Außerdem war die Bautätigkeit im Winterquartal aufgrund günstiger Witterung stark ausgeweitet worden, sodass es im Frühjahr zu einer Gegenbewegung kam. Die ungünstigen Entwicklungen am Gasmarkt seit Mitte Juni trüben den Ausblick für die Wirtschaftsentwicklung ein. Insgesamt könnte die deutsche Wirtschaftsleistung im Sommerquartal zwar erneut in etwa auf der Stelle treten. Die Wahrscheinlichkeit, dass das BIP im Winterhalbjahr zurückgeht, hat sich gleichwohl deutlich erhöht.

¹ Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

² Wie zu diesem Veröffentlichungstermin des BIP üblich wurden die bisher veröffentlichten Ergebnisse für die Quartale und Jahre ab 2018 überarbeitet und neu verfügbare statistische Informationen berücksichtigt. Die starken Revisionen ab dem Jahr 2020 führt das Statistische Bundesamt auf die erhöhte Unsicherheit bei der Berechnung in den von der Corona-Pandemie betroffenen Jahren zurück (vgl.: Statistisches Bundesamt (2022)).

Die Wirtschaft wurde im zweiten Quartal vor allem durch den privaten Konsum gestützt. Der Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen ging mit einem starken Anstieg der Konsumausgaben für zuvor eingeschränkte Dienstleistungen einher. Auch von den Exporten kamen positive Impulse. Die gewerblichen Investitionen in Ausrüstungen dürften sich wegen der hohen Unsicherheit und der Lieferengpässe nur wenig erhöht haben. Die Bauinvestitionen sanken allerdings wohl kräftig.

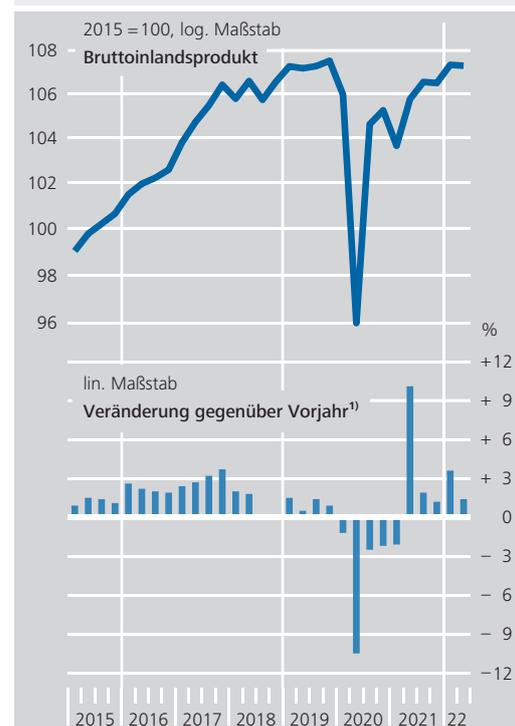
Privater Konsum und Exporte stützten die Wirtschaft

Die preisbereinigten Warenausfuhren legten im Frühjahr deutlich zu – sowohl in die Euro-Länder als auch in die Drittstaaten außerhalb des Euroraums. Dabei nahmen die wertmäßigen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten besonders kräftig zu. Dagegen sanken die Ausfuhren nach China aufgrund der dortigen Lockdowns im April und Mai stark. Nach Russland gingen sie

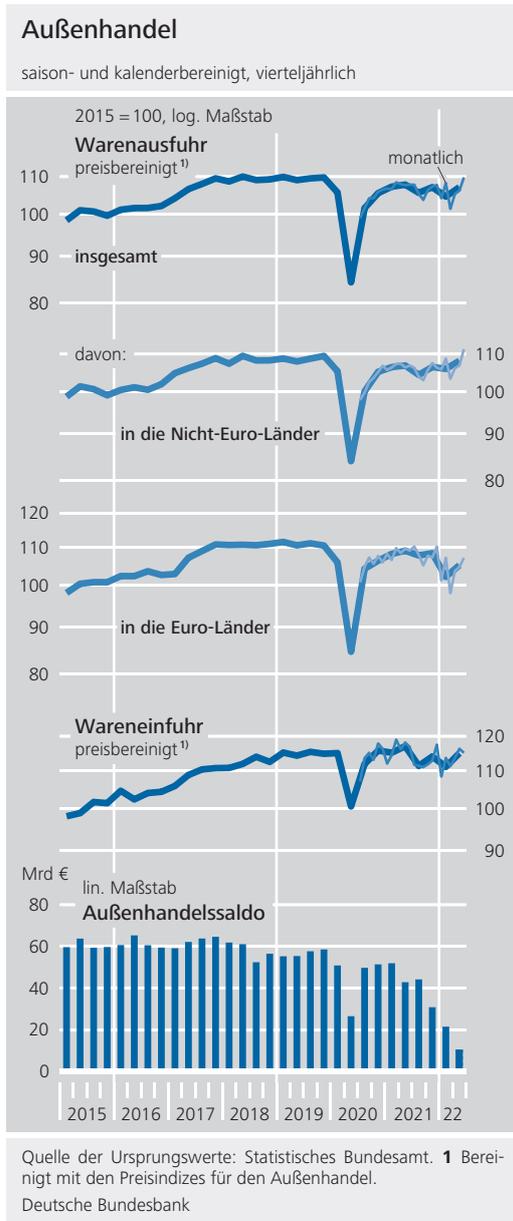
Warenausfuhren deutlich gestiegen

Gesamtwirtschaftliche Produktion

preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Preis- und kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank



So erhöhten sich die Importe von Investitionsgütern sowohl wertmäßig als auch preisbereinigt kräftig. Dagegen sanken die im Inland erzielten nominalen Umsätze der Hersteller von Investitionsgütern spürbar. Preisbereinigt gingen sie sogar stark zurück.

Die Bauinvestitionen gingen im Frühjahrsquartal wohl kräftig zurück. Ein Teil des Rückgangs lässt sich dadurch erklären, dass das Winterquartal durch eine milde Witterung begünstigt worden war und es im Frühjahr zu einer Gegenbewegung kam. Aber auch die gestiegenen Bauzinsen und Baukosten dürften die Investitionen gedämpft haben. Die bis Mai vorliegenden nominalen Umsätze im Bauhauptgewerbe signalisieren besonders starke Rückgänge im Wohnungsbau sowie im öffentlichen Bau. In gewerbliche Bauten wurde aber wohl ebenfalls weniger investiert.

Bauinvestitionen kräftig gesunken

Der private Verbrauch dürfte im Frühjahr 2022 deutlich gestiegen sein. Der Wegfall der meisten Corona-Schutzmaßnahmen gab den zuvor eingeschränkten Dienstleistungen einen kräftigen Schub. So erhöhten sich die preisbereinigten Umsätze im Gastgewerbe erheblich. Allerdings lasteten die hohe Teuerung und die Unsicherheit über die zukünftige Energieversorgung auf Kaufkraft und Kauflaune der privaten Haushalte. Dies machte sich insbesondere bei den Anschaffungen von neuen Pkw und im Einzelhandel bemerkbar. Die Kfz-Neuzulassungen an private Halter gingen gemäß den Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) erheblich zurück. Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel sanken ebenfalls stark.

Privater Verbrauch deutlich gestiegen

sanktionsbedingt ganz erheblich zurück. Nach Gütergruppen aufgeschlüsselt erhöhten sich die preisbereinigten Ausfuhren von Konsum- und Investitionsgütern kräftig. Die Exporte von Vorleistungsgütern sanken dagegen leicht.

Gewerbliche Investitionen in Ausrüstungen wohl nur wenig gestiegen

Die gewerblichen Investitionen in Ausrüstungen dürften im Frühjahr nur wenig gestiegen sein. Die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg wirkte sich negativ auf die Investitionsneigung aus. Eine Rolle dürften auch die Lieferengpässe und die gesunkene Nachfrage nach Industrieprodukten gespielt haben. Aus dem Ausland wurden zwar mehr Ausrüstungsgüter bezogen, aus dem Inland jedoch weniger.

Die preisbereinigten Wareneinfuhren erhöhten sich im zweiten Quartal stark. Dabei stiegen die Importe aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums kräftiger als die Importe aus den Euro-Ländern. Die wertmäßigen Einfuhren aus Russland gingen erheblich zurück. Dagegen stiegen die Einfuhren aus den OPEC-Ländern kräftig, wozu beträchtlich gestiegene Importpreise für Energie beitrugen. Die preisbereinigten Einfuhren von Vorleistungs- und Investi-

Wareneinfuhren kräftig zugelegt

tionsgütern legten stark zu. Die Einfuhren von Konsumgütern erhöhten sich dagegen nur etwas. Die Energieimporte gingen erneut stark zurück.

■ Sektorale Tendenzen

Industrieproduktion durch Lieferengpässe, hohe Unsicherheit und stark gestiegene Preise belastet

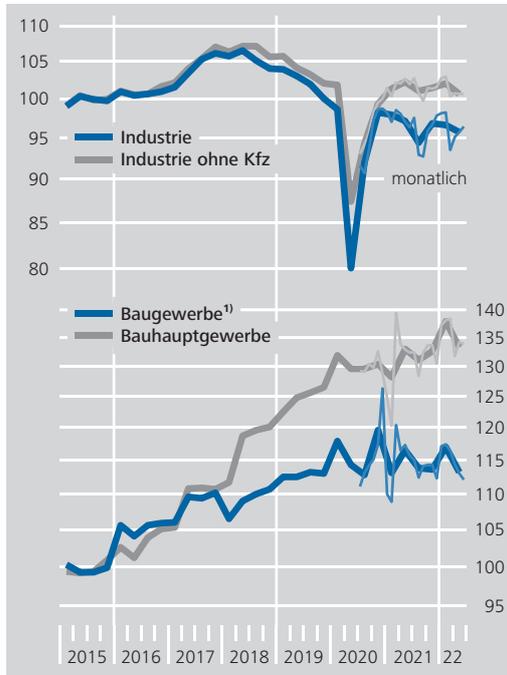
Die Industrieproduktion unterschritt im Frühjahr ihren Vorquartalsstand saisonbereinigt etwas (–1%). Der Krieg gegen die Ukraine führte zu neuen Problemen in den Lieferketten. Auch nahmen die Belastungen durch hohe Teuerung und Unsicherheit zu. Die Industrieproduktion zog nach dem kräftigen Rückgang im März zwar wieder leicht an. Sie lag aber im Juni weiter merklich unter dem Stand vom Februar, der durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine noch kaum beeinflusst war. Die Produktion von Vorleistungsgütern sank im Frühjahr spürbar gegenüber dem Vorquartal. Besonders stark ging die Herstellung von chemischen Erzeugnissen und von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden zurück. Dabei dürfte die hohe Energieintensität dieser Sektoren in Kombination mit den stark gestiegenen Energiepreisen ausschlaggebend gewesen sein. Die Produktion von Investitionsgütern verringerte sich leicht. Während die Herstellung im Maschinenbau etwas nachließ, wurden deutlich mehr Kraftwagen und Kraftwagen-teile produziert. Die Herstellung von Konsumgütern blieb im Frühjahr stabil.

Auslastung der industriellen Kapazitäten stabil

Der Nutzungsgrad der Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe blieb laut ifo Institut zwischen den Erhebungen im April und Juli stabil. Seinen langjährigen Durchschnitt übertraf er damit weiterhin spürbar. Obwohl die Produktion von Investitionsgütern im Frühjahr etwas zurückging, stieg die Auslastung bei den Herstellern von Investitionsgütern merklich. Dagegen verringerte sich die Auslastung bei den Produzenten von Vorleistungsgütern etwas und blieb bei den Konsumgütern nahezu unverändert. Dies steht im Einklang mit der Entwicklung der Produktion von Vorleistungs- und Konsumgütern.

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



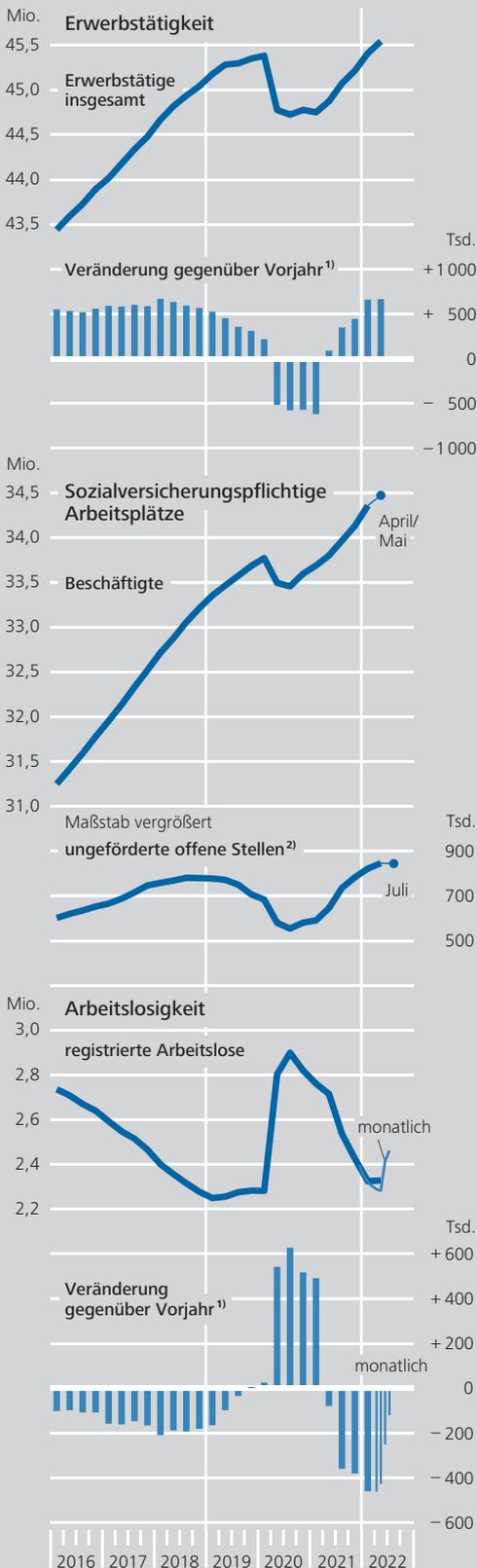
Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

Die Produktion im Baugewerbe sank im Frühjahr gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt kräftig. Der Rückgang fiel im Ausbaugewerbe und im Bauhauptgewerbe sowie dessen Unterbereichen Hoch- und Tiefbau gleichermaßen stark aus. Ein Grund war die zuvor hohe Produktion aufgrund der milden Witterung im Winter. Auf dem Baugewerbe lasteten aber auch andere angebotsseitige Faktoren. Gemäß Umfragen des ifo Instituts lag der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe, deren Tätigkeit durch einen Mangel an Arbeitskräften behindert wurde, deutlich über dem Vorquartal. Auch der Anteil der Unternehmen, welche Materialknappheit als Hindernis für die Produktion nannten, stieg erheblich an. Die gestiegenen Zinsen für die Baufinanzierung dürften das Baugewerbe ebenfalls belastet haben. Die Geräteauslastung verringerte sich im Einklang mit dem Rückgang der Produktion stark. Im langfristigen Vergleich blieb sie allerdings immer noch hoch.

Bauproduktion kräftig gesunken

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen.

Deutsche Bundesbank

Die Wirtschaftsleistung im Dienstleistungssektor dürfte im zweiten Quartal spürbar gestiegen sein. Der Zuwachs wurde von den Dienstleistungen getragen, welche zuvor stark von den Corona-Schutzmaßnahmen eingeschränkt worden waren. So dürfte die Aktivität im Gastgewerbe kräftig gestiegen sein. Gemäß Umfragen des ifo Instituts verbesserte sich die Geschäftslage im Dienstleistungssektor (ohne Handel) stark. Allerdings belasteten die hohen Preissteigerungen den Einzelhandel erheblich. Besonders kräftig sanken die Umsätze im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren sowie mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf. Auch im Versand- und Internet-Einzelhandel schrumpften die Umsätze mit den reduzierten Schutzmaßnahmen deutlich. Dagegen erhöhten sich die Umsätze im Einzelhandel mit Bekleidung sowie mit Schuhen und Lederwaren kräftig. Auch der Kfz-Handel dürfte durch die hohe Teuerung und die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg beeinträchtigt worden sein. Gemäß den Angaben des VDA gingen die Pkw-Neuzulassungen erheblich zurück. Den bis Mai verfügbaren preisbereinigten Angaben zufolge sanken auch die Umsätze im Großhandel stark.

Dienstleistungssektor wohl spürbar zugelegt

Arbeitsmarkt

Im Frühjahr hinterließen die wirtschaftlichen Belastungen auch am Arbeitsmarkt Spuren. Der zügige Aufholprozess nach der Aufhebung der pandemischen Einschränkungen verlor erheblich an Schwung. Gleichwohl stieg die Erwerbstätigkeit weiter an. Kurzarbeit wurde nur noch in vergleichsweise geringem Umfang genutzt. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich ab Anfang Juni 2022 erheblich. Dies ging aber allein darauf zurück, dass ukrainische Flüchtlinge in das deutsche Sozialversicherungsrecht einbezogen wurden. Die positiven Erwartungen für die weitere Entwicklung gingen etwas zurück.

Wirtschaftliche Belastungen nehmen Aufholprozess am Arbeitsmarkt den Schwung

Die Zahl der Beschäftigten nahm im zweiten Vierteljahr 2022 nur noch etwa halb so stark zu

Beschäftigung stieg im Frühjahr weniger stark als im Winter

wie im ersten Vierteljahr. Aufgrund des statistischen Überhangs übertraf die gesamte Erwerbstätigkeit im Quartalsdurchschnitt den Stand des Winters saisonbereinigt trotzdem um immer noch beachtliche 133 000 Personen beziehungsweise 0,3 %. Die Beschäftigungszunahme ist bereits seit längerem ganz überwiegend auf die steigende Zahl sozialversicherungspflichtiger Stellen zurückzuführen. Die Selbständigkeit ist weiter auf dem Rückzug, und die ausschließlich geringfügige Beschäftigung weist eine gewisse Stabilisierung auf. Beide Beschäftigungsformen sind weit von ihrem Vorpandemieniveau entfernt, ganz im Gegensatz zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in fast allen Branchen langsamer gewachsen

Die moderate Beschäftigungsentwicklung geht in erster Linie auf die langsamere Gangart beim Besetzen sozialversicherungspflichtiger Stellen zurück. Das betraf fast alle Sektoren. Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau dürften Lieferengpässe, Logistikprobleme und die Verunsicherung durch den Ukrainekrieg die noch immer ausstehende Erholung von den Pandemieverlusten verhindern. Dies ist auch der einzige Sektor, in dem Kurzarbeit weiterhin eine spürbare Rolle spielt. In fast allen anderen Wirtschaftszweigen ging die wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit in den letzten Monaten erheblich zurück. Gleichzeitig nahm dort die Beschäftigung aber lediglich mit gedämpftem Tempo zu. Zum Teil ist dies auch auf die milde Witterung im letzten Winter zurückzuführen. Die darauf folgende vergleichsweise geringe Frühjahrsbelebung dürfte zumindest die Stagnation im Baugewerbe in saisonbereinigter Rechnung erklären, in dem die Beschäftigung zuvor noch stark gewachsen war. Aber auch der Mangel an qualifiziertem Personal dürfte beispielsweise im Gesundheits- und Sozialwesen einen stärkeren Beschäftigungsaufbau behindern. Die einzige Ausnahme mit anhaltendem kräftigen Beschäftigungswachstum bildete in den letzten Monaten der IT-Bereich, der vom Strukturwandel profitierte.

Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit wurde durch die Einbeziehung der ukrai-

nischen Flüchtlinge in die Regelungen des Sozialgesetzbuches beeinflusst. Bis Mai war die Arbeitslosigkeit noch gesunken, aber im Juni stieg sie kräftig. Nach einer dreimonatigen Übergangsfrist werden die meisten Flüchtlinge nun im Rechtskreis des SGBII betreut, da in der Regel Bedürftigkeit für Grundsicherungsbezug vorliegt. Im Juli, dem aktuellen Datenstand, waren laut Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 168 000 mehr Ukrainerinnen und Ukrainer arbeitslos gemeldet als im Februar vor Beginn des Flüchtlingszuzugs.³⁾ Ohne den Effekt der ukrainischen Flüchtlinge hätte die Arbeitslosigkeit im gesamten Frühjahr geringfügig unter dem Vorquartal gelegen. Insgesamt waren im Juli in saisonbereinigter Rechnung 2,46 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Die zugehörige Quote erhöhte sich von Mai auf Juli um 0,4 Prozentpunkte auf 5,4 %.

Die Arbeitslosmeldung der ukrainischen Flüchtlinge ist auch ein erster Schritt zur Arbeitsmarktintegration. Daten zur Beschäftigungsentwicklung nach Staatsangehörigkeit liegen für den Zeitraum seit dem russischen Überfall auf die Ukraine aber noch nicht vor. Das Statistische Bundesamt hat in seiner Außenwanderungsstatistik, die derzeit bis April reicht, netto bereits über 630 000 Zuzüge registriert. Ob die ukrainischen Flüchtlinge, in ihrer Mehrheit Frauen und Kinder, mittelfristig nennenswerte Angebotswirkungen auf dem Arbeitsmarkt entfalten, dürfte vom Kriegsverlauf und der – angesichts vieler getrennter Familien wohl hohen – Rückkehrwilligkeit abhängen.

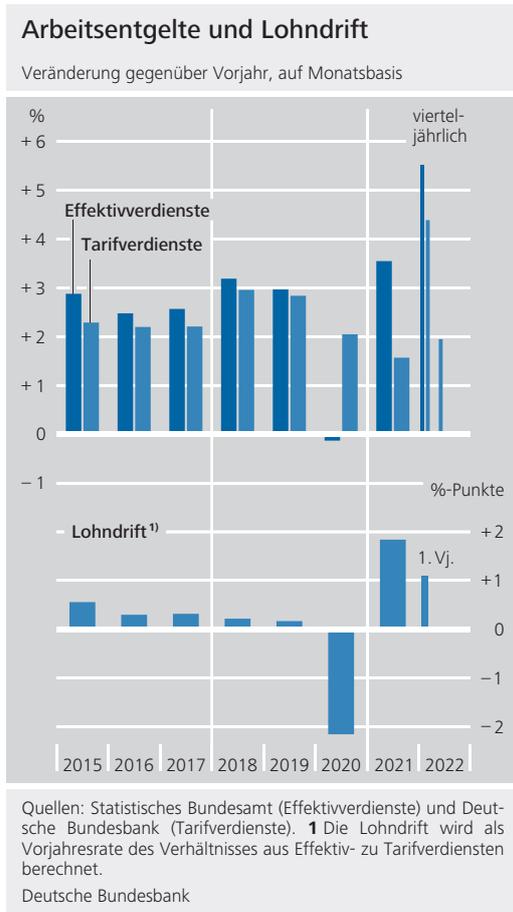
Die wirtschaftlichen Belastungen veranlassen die Unternehmen zunehmend, ihre bislang sehr expansiven Beschäftigungspläne etwas zurückzunehmen. Das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts, welches über Unternehmensbefra-

Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Grundsicherungsleistungen an ukrainische Flüchtlinge deutlich erhöht

Grad der Arbeitsmarktintegration ukrainischer Flüchtlinge noch ungewiss

Beschäftigungspläne etwas vorsichtiger

³ Gleichwohl berichtet die BA von erhöhter Unsicherheit der Arbeitslosenzahlen unter Ukrainerinnen und Ukrainern. Insbesondere kann die Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt durch Kinderbetreuungspflichten oder Krankheiten eingeschränkt sein, was noch im Detail geprüft werden müsse. Zunächst stand die Gewährung von Grundsicherungsleistungen im Vordergrund. Vgl.: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022).



gungen die Einstellungspläne der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate abbildet, ist im Juni und Juli über alle Branchen hinweg deutlich zurückgegangen. Die Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) unter den regionalen Leitern der Arbeitsagenturen zur Beschäftigungsentwicklung blieb etwas stabiler, aber ebenfalls abwärtsgerichtet. Gleichwohl beabsichtigen die Unternehmen, per saldo die Beschäftigung zu erhöhen. Auch die Zahl der gemeldeten offenen sozialversicherungspflichtigen Stellen ist in den letzten beiden Monaten etwas gefallen, jedoch weiterhin sehr hoch. Der Stellenindex der BA (BA-X) ist nach zweijährigem kräftigen Anstieg ebenfalls zurückgegangen. Die hohe und weiter steigende Vakanzzeit offener Stellen ist Ausdruck der in weiten Teilen der Wirtschaft anhaltenden Personalknappheiten. Die IAB-Befragung zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt eine weiter steigende Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten an. Ihre konjunk-

turelle Aussagekraft ist allerdings durch die Flüchtlingserfassung beeinträchtigt.

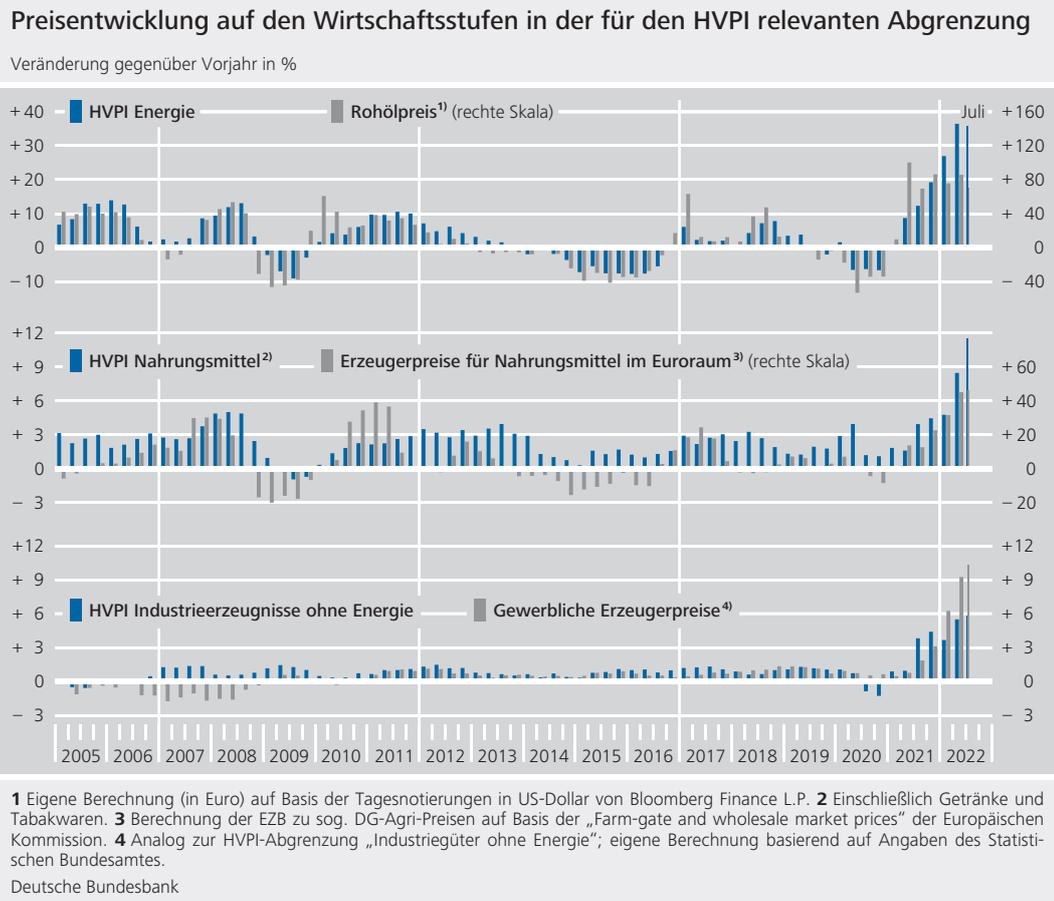
■ Löhne und Preise

Die Tarifverdienste stiegen im Frühjahr 2022 schwächer als im Winterquartal. Sie erhöhten sich im zweiten Quartal um 1,9% gegenüber dem Vorjahr, nach 4,4% zuvor. Im ersten Quartal hatten aber hohe Sonderzahlungen in der Industrie und Corona-Prämien die Rate vorübergehend stark erhöht. Die um solche Sonderzahlungen bereinigten tariflichen Grundvergütungen legten hingegen im Frühjahr mit 2,1% stärker zu als im Winter (1,6%). Die Effektivverdienste dürften im zweiten Quartal erneut kräftiger als die Tarifverdienste und kaum weniger stark als im ersten Quartal gestiegen sein. Ausschlaggebend dafür war vor allem die im Vorjahresvergleich deutlich höhere Arbeitszeit aufgrund der mittlerweile viel geringeren Kurzarbeit.

Tarifverdienste ohne Sonderzahlungen im Frühjahr noch moderat gestiegen

Gegenwärtig ist der Zuwachs der Tarifverdienste noch durch alte Tarifverträge geprägt, die im Umfeld niedrigerer Inflationsraten und pandemiebedingter Belastungen geschlossen worden waren. Allerdings fielen einige Neuabschlüsse im zweiten Quartal, als die Inflationsrate stark gestiegen war, etwas höher aus als zuvor. Sie blieben aber deutlich hinter der Steigerungsrate der Verbraucherpreise zurück. Die nach wie vor hohe Unsicherheit, die vor allem von den Auswirkungen des Ukrainekriegs ausgeht, sowie die teilweise hohe Kostenbelastung der Unternehmen wirkten höheren Abschlüssen entgegen. Die auf Zwölfmonatsbasis umgerechneten Lohnzuwächse in den jüngsten Tarifabschlüssen bei der Deutschen Telekom, der Stahlindustrie und den Gebäudereinigern lagen für die mittleren Entgeltgruppen zwischen 3,1% und 6,1%. Spürbar niedriger fielen die Abschlüsse bei den Genossenschaftsbanken und in der kunststoffverarbeitenden Industrie aus. Darüber hinaus nahmen einige Abschlüsse im ersten Halbjahr die Anhebung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 10,45 € je Stunde

Jüngste Tarifabschlüsse mit höheren Raten



zum 1. Juli 2022 sowie die beschlossene weitere Erhöhung auf 12 € zum 1. Oktober 2022 vorweg. Hiervon profitierten vor allem die unteren Entgeltgruppen.

Der überaus kräftige Anstieg der saisonbereinigten Verbraucherpreise (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, HVPI) setzte sich auch im Frühjahr fort. Energie verteuerte sich wegen der weiter anziehenden Rohölnotierungen. Letztere stiegen in Euro gerechnet durch die spürbare Abwertung gegenüber dem US-Dollar noch stärker. Diese Entwicklung überdeckte die vorübergehend gesenkten Steuern auf Kraftstoffe (Tankrabatt). Die niedrigeren Steuersätze waren als Teil des „Entlastungspakets“ ab Juni für drei Monate eingeführt und wohl auch größtenteils an die Endkunden weitergereicht worden. Darüber hinaus wurden die Tarife für Strom und Gas, die Anfang 2022 bereits kräftig erhöht worden waren, im zweiten Quartal erneut deutlich angehoben. Normalerweise werden sie hauptsächlich zum Jahresbeginn angepasst und im weiteren Jahresverlauf nur noch wenig. Nahrungsmittel verteuerten sich nochmals kräftiger, denn nicht nur die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, sondern auch andere Kosten legten spürbar zu.

Preisanstieg im Frühjahr weiterhin überaus dynamisch

In den kommenden Monaten kräftige Lohnvereinbarungen möglich

Der anhaltende Kaufkraftverlust wegen der hohen Inflation wird in den anstehenden Lohnverhandlungen voraussichtlich an Bedeutung gewinnen. Die Gewerkschaften streben mindestens einen Ausgleich für die hohen Inflationsraten an. In der Metall- und Elektroindustrie sowie bei der Volkswagen AG forderte die IG Metall eine Lohnerhöhung von 8 % für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Zwar werden die nach wie vor hohe Unsicherheit, die Sorge um Arbeitsplätze und der wegen der gestiegenen Importpreise geschmälertere Verteilungsspielraum die Lohnsteigerungen etwas dämpfen. Dennoch sind, auch aufgrund der zunehmenden Arbeitsmarktknappheiten, höhere Lohnabschlüsse als im zweiten Quartal wahrscheinlich.

Dies betraf zum Beispiel Transport oder Verpackungen. Die Preise für Industriegüter ohne Energie wurden ebenfalls noch etwas stärker als im Vorquartal heraufgesetzt. Hier dürften vor allem gestiegene Rohstoffkosten und Angebotsengpässe eine Rolle gespielt haben. Sie wurden zeitnah von den Unternehmen auf die Verbraucher überwältigt. Die Abwertung des Euro dürfte sich hier dagegen erst mit einer gewissen Verzögerung in den Endkundenpreisen niederschlagen. Dienstleistungen verteuerten sich bis Mai weiter spürbar. Im Juni gaben die Preise allerdings merklich nach. Dies geht auf die Einführung des Neun-Euro-Tickets zurück, das ebenfalls Teil des „Entlastungspakets“ und drei Monate lang gültig ist. In der Grundtendenz blieb der deutliche Preisauftrieb bei den Dienstleistungen allerdings auch im Juni erhalten.

Inflationsrate trotz „Entlastungspaket“ weiterhin außergewöhnlich hoch, ...

In der Vorjahresbetrachtung stieg die durchschnittliche HVPI-Rate im Frühjahr auf 8,3 %. Im Mai erreichte sie dabei mit 8,7 % einen neuen Höchststand, schwächte sich aber im Juni unter dem Einfluss des „Entlastungspakets“ vorübergehend wieder leicht ab. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel stieg im zweiten Quartal auf 3,7 %. Im Juni sank sie aber durch die temporäre Einführung des Neun-Euro-Tickets ebenfalls wieder leicht.

... im Juli sogar wieder angestiegen und ...

Im Juli stiegen die Preise in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vormonat erneut kräftig. Insbesondere Nahrungsmittel verteuerten sich weiterhin sehr stark. Bei einigen Produkten stiegen die Preise sogar im deutlich zweistelligen Prozentbereich. Die Energiepreise sanken nicht, sondern blieben konstant. Zwar gaben die Rohölnotierungen nach und der Staat übernahm nun die Umlage für Erneuerbare Energien (EEG-Umlage), welche bisher einen beträchtlichen Teil der Stromtarife ausgemacht hatte.⁴⁾ Aber dies wurde vor allem durch höhere Gaspreise kompensiert. Industriegüter ohne Energie verteuerten sich weiterhin sehr dynamisch, und Dienstleistungen verzeichneten nach der Entlastung durch die Einführung des Neun-Euro-Tickets im Juni ebenfalls wieder

deutliche Preisanstiege. Gegenüber dem Vorjahr weitete sich die Teuerungsrate insgesamt von 8,2 % auf 8,5 % aus.⁵⁾ Ohne Energie und Nahrungsmittel verharrte sie bei 3,2 %.

Mit dem Auslaufen der Maßnahmen des „Entlastungspakets“ im September dürfte die Inflationsrate nochmals spürbar steigen. Für zusätzlichen Kostendruck sorgt die Anhebung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns.⁶⁾ Auch die Abwertung des Euro dürfte sich im Herbst allmählich in den Preisen bemerkbar machen. Außerdem soll im Oktober eine Umlage auf die Gastarife eingeführt und gleichzeitig der Mehrwertsteuersatz auf Gas von 19 % auf 7 % gesenkt werden.⁷⁾ Insgesamt könnte die Inflationsrate im Herbst eine Größenordnung von 10 % erreichen. Der Inflationsausblick bleibt vor allem durch die unklare Lage an den Rohstoffmärkten allerdings außerordentlich unsicher, wobei die Preisrisiken derzeit weiterhin eher aufwärtsgerichtet sind.

... im Herbst neue Höchststände wahrscheinlich

Auftragslage und Perspektiven

Die deutsche Wirtschaftsleistung dürfte im Sommerquartal erneut in etwa auf der Stelle treten. Belastende und stützende Faktoren halten sich nach derzeitiger Einschätzung weiter in etwa die Waage. Die Lage am Gasmarkt ist aufgrund der Ende Juli nochmals gedrosselten Gaslieferungen aus Russland angespannt. Die hohe Unsicherheit über die Gasversorgung im kommenden Winter und die starken Preissteigerungen dürften die privaten Haushalte und Unternehmen deutlich belasten. Die vom Marktforschungsinstitut GfK ermittelte Stimmung der

Im Sommer dürfte die Wirtschaftsleistung erneut auf der Stelle treten

⁴ Die Versorger sind gesetzlich verpflichtet, die Entlastung aufgrund der Übernahme der EEG-Umlage durch den Staat an die Endkunden weiterzugeben. Dies scheint aber zu einem großen Teil durch die stark gestiegenen Beschaffungskosten für Elektrizität kompensiert worden zu sein.

⁵ Die Rate des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) ging dagegen von 7,6 % auf 7,5 % zurück.

⁶ Siehe dazu: Deutsche Bundesbank (2022a).

⁷ Die Umlage wird zunächst gut 2,4 Cent je Kilowattstunde betragen. Darüber hinaus sollen auch eine Bilanzierungs- und eine Speicherumlage eingeführt werden.

Verbraucher ist schlecht, und die Geschäftserwartungen der Unternehmen sanken auf ein sehr niedriges Niveau. In der Industrie und im Bau sind die Lieferengpässe gemäß Umfragen des ifo Instituts weiter ein großes Problem.⁸⁾ Zudem erreichte der Fachkräftemangel zuletzt ein Allzeithoch.⁹⁾ In der Industrie und im Bau schwächt sich zusätzlich zu den angebotsseitigen Belastungen die Nachfrage ab. Dagegen sorgt der Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen weiter für positive Impulse bei den zuvor eingeschränkten Dienstleistungen und dem darauf entfallenden privaten Verbrauch. Zudem legen die jüngsten Daten nahe, dass die Industrie und der Außenhandel den belastenden Faktoren bis zuletzt trotzten. So erhöhte sich nach Angaben des VDA die Stückzahl gefertigter Pkw im Juli saisonbereinigt kräftig gegenüber dem Frühjahrsquartal. Damit im Einklang steht die Beurteilung der Geschäftslage der Unternehmen. Gemäß jüngsten Umfrageergebnissen des ifo Instituts sank sie zwar, die Saldowerte waren aber nach wie vor positiv.

Weitere Wirtschaftsentwicklung durch ungünstige Entwicklungen am Gasmarkt beeinträchtigt

Die Wirtschaftsentwicklung wird im Sommerquartal und darüber hinaus von den ungünstigen Entwicklungen am Gasmarkt beeinträchtigt. Zwar kam es bislang nicht zu einem kompletten Stopp der Gaslieferungen aus Russland, wie er im adversen Szenario der Juni-Projektion der Bundesbank unterstellt worden war.¹⁰⁾ Allerdings gingen die Gaslieferungen aus Russland ab Juni deutlich zurück.¹¹⁾ Dies wurde nur teilweise durch höhere Lieferungen aus anderen Ländern kompensiert. Zudem stieg der Preis für Erdgas am Spotmarkt und für Erdgas-Futures infolge der Lieferkürzungen aus Russland stark. Am Spotmarkt kam er nach derzeitigem Stand im Mittel von Juli und August der Annahme im adversen Szenario näher als derjenigen aus dem Basisszenario der Juni-Projektion. Die Industrie und die privaten Haushalte verbrauchten zwar

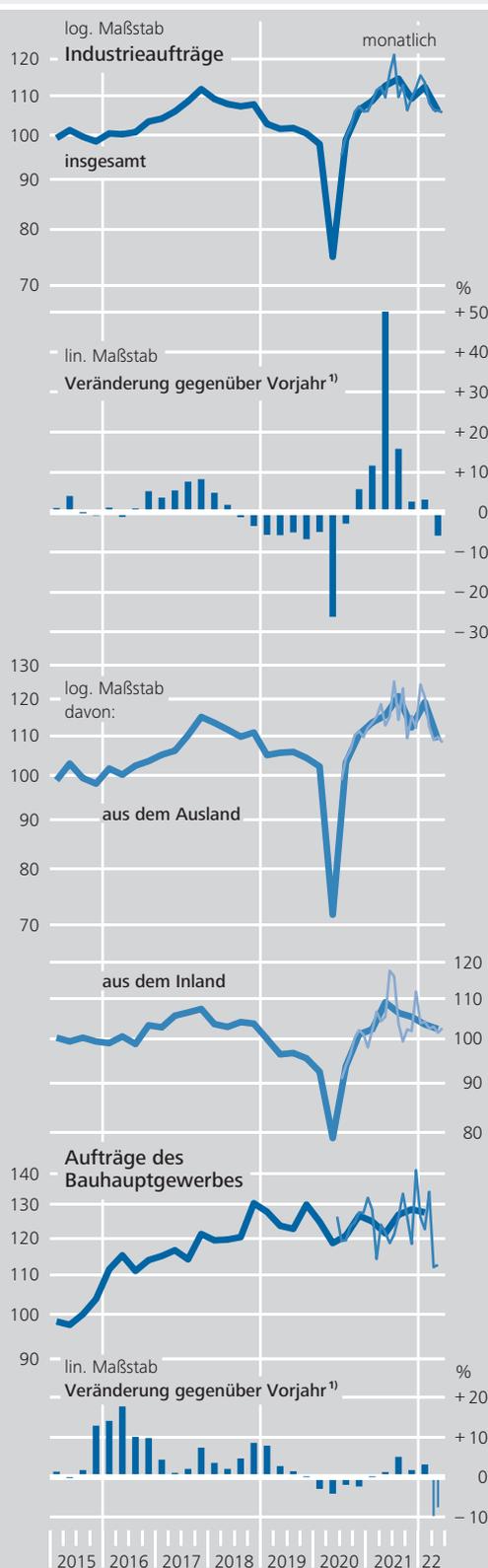
⁸ In einzelnen Bereichen könnten sie dadurch verstärkt werden, dass die Binnenschifffahrt durch niedrige Pegelstände zunehmend beeinträchtigt wird.
⁹ Vgl.: ifo Institut (2022).

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b).

¹¹ Zu den Gaslieferungen und Füllständen der Gasspeicher vgl.: Bundesnetzagentur (2022a).

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Nur kalenderbereinigt.

Deutsche Bundesbank

weniger Erdgas als im Vorjahr, wofür vor allem die stark gestiegenen Gaspreise und die milden Temperaturen im Frühjahr verantwortlich waren. Einsparungen beim Verbrauch waren in der Projektion aber bereits berücksichtigt. Der Füllstand der Gasspeicher lag zuletzt nur wenig über dem Wert des adversen Szenarios. Ohne zusätzliche, substantielle Einsparungen bei Industrie und privaten Haushalten ist das Risiko einer Gasmangellage im Winterhalbjahr auch nach Einschätzung der Bundesnetzagentur aus heutiger Sicht hoch.¹²⁾ Dementsprechend hat sich die Gefahr, dass die Wirtschaftsleistung im kommenden Winter zurückgeht, deutlich erhöht.

Stimmung der Unternehmen verschlechtert

Die hohen Energiepreise und die Sorge vor einer Gasknappheit machen sich in der Stimmung der Unternehmen bemerkbar. Der ifo Geschäftsklimaindex ging im Juli im Vergleich zum Frühjahr deutlich zurück. Insbesondere die Geschäftserwartungen sanken kräftig und waren so niedrig wie seit April 2020 nicht mehr. In allen Sektoren lagen sie im negativen Bereich, und lediglich im Bauhauptgewerbe verbesserten sie sich leicht. Im Verarbeitenden Gewerbe verschlechterten sich zudem die Produktionspläne und die Exporterwartungen deutlich. Die Beurteilung der Geschäftslage trübte sich ebenfalls breitflächig ein, wenn auch nicht so stark wie die Erwartungen. Eine Ausnahme bildeten das Gastgewerbe und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Hier lag der Indikator noch erheblich über dem Durchschnitt des Frühjahres.

Industrieller Auftragseingang kräftig zurückgegangen

Der Auftragseingang in der Industrie ging im Frühjahr kräftig zurück. Ein großer Teil des Rückgangs ist auf Großaufträge zurückzuführen, aber auch ohne diese sank der Auftragseingang deutlich. Die Bestellungen aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums verringerten sich erheblich, aber auch aus den Euro-Ländern und dem Inland ging die Nachfrage spürbar zurück. Nach Sektoren aufgeschlüsselt sank der Orderzufluss bei den Herstellern von Investitions- und Vorleistungsgütern kräftig. Die Nachfrage nach Konsumgütern erhöhte sich dagegen weiter

stark, obwohl merklich weniger pharmazeutische Erzeugnisse bestellt wurden. Trotz des Nachfragerückgangs wuchs der Bestand an noch nicht abgearbeiteten Bestellungen weiter an. Den Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge übertraf der Auftragsbestand im Frühjahr sein Vorquartalsniveau deutlich. Die Reichweite der Auftragsbestände erreichte einen neuen Höchststand. Laut ifo Institut beurteilten die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihren Auftragsbestand allerdings schlechter als noch im Winterquartal.

Die Baukonjunktur wird derzeit von angebotsseitigen Faktoren belastet. So stieg der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe, deren Bautätigkeit gemäß ifo Umfragen von einem Mangel an Arbeitskräften beeinträchtigt wird, zuletzt wieder stark an. Der Anteil der Unternehmen, welche Materialmangel nannten, war zwar rückläufig, aber weiterhin hoch. Die Nachfrage nach Bauleistungen wird durch gestiegene Hypothekenzinsen und Baupreise belastet. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ging im April und Mai – bis dahin liegen Angaben vor – stark zurück. Die Reichweite der Auftragsbestände unterschritt im Juli laut Umfrage des ifo Instituts ihren Höchststand vom Februar 2022 allerdings nur leicht. Dies deutet auf eine noch immer gute Auftragslage hin. Die Geräteauslastung ging das fünfte Mal in Folge im Vormonatsvergleich zurück. Ihren langjährigen Durchschnitt übertraf sie aber weiter deutlich.

Baugewerbe durch angebotsseitige Faktoren sowie gestiegene Hypothekenzinsen und Baupreise belastet

Aufhol- und Nachholeffekte bei der Inanspruchnahme zuvor eingeschränkter Dienstleistungen dürften auch im Sommerquartal den privaten Konsum stützen. Allerdings verringern die hohen Preissteigerungen die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter. Zudem lastet die Sorge

Hohe Teuerung und Sorge um Energieversorgung belasten privaten Verbrauch

¹² Vgl. zu möglichen Entwicklungen der Gasversorgung von Juli 2022 bis Juni 2023 auch die Szenarien der Bundesnetzagentur (2022b). Die Sonderauswertung der Gemeinschaftsdiagnose zur Gefahr einer Gaslücke in Deutschland rechnet im schlechtesten Fall für den Zeitraum von August 2022 bis Dezember 2023 mit einem Gasdefizit von 70 TWh. Das würde erst im April, Mai und Dezember 2023 zu Gasmangellagen führen. Nach dieser Auswertung lässt sich eine Mangellage nur durch erhebliche Einsparungen verhindern (vgl.: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022)).

über eine drohende Gasknappheit im Winter auf der Kauflaune. So gab der vom Marktforschungsinstitut GfK ermittelte Konsumklima-Index von seinem bis dahin erreichten Allzeittief

zuletzt weiter nach. Insbesondere die Einkommens- und Konjunkturerwartungen trübten sich erneut deutlich ein.

■ Literaturverzeichnis

Bundesnetzagentur (2022a), Aktuelle Lage der Gasversorgung in Deutschland, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/start.html, abgerufen am 18. August 2022.

Bundesnetzagentur (2022b), Gas-Szenarien von Juli 22 bis Juni 23, 8. August 2022, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/HintergrundFAQ/Gas_Szenarien.pdf.

Deutsche Bundesbank (2022a), Makroökonomische Effekte der geplanten Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 € je Stunde, Monatsbericht, Februar 2022, S. 56–57.

Deutsche Bundesbank (2022b), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024, Monatsbericht, Juni 2022, S. 15–47.

ifo Institut (2022), Fachkräftemangel steigt auf Allzeithoch, Pressemitteilung vom 2. August 2022, <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-08-02/fachkraeftemangel-steigt-auf-allzeithoch>.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022), Zur Gefahr einer Gaslücke in Deutschland bei einer Drosselung russischer Lieferungen auf 20 % – Sonderauswertung Juli 2022.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022), Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Auswirkungen der Fluchtmigration aus der Ukraine auf den deutschen Arbeitsmarkt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende, Nürnberg, Juli 2022, S. 12.

Statistisches Bundesamt (2022), Bruttoinlandsprodukt stagniert im 2. Quartal 2022, Pressemitteilung Nr. 322 vom 29. Juli 2022, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/07/PD22_322_811.html.